

Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode

65. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 17. März 2005

Aufhebung des Nachbarschaftsgesetzes Antrag der FDP

Vizepräsident Dr. Stözl: Vielen Dank, Herr von Lüdeke. - Es folgt die Fraktion der SPD. Das Wort hat der Herr Kollege **Schimmler**. - Bitte schön!

Schimmler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP macht hier einen Vorschlag, der in der Tat beschäftigungswirksam sein könnte für viele hundert Berliner Rechtsanwälte, aber nicht zur Lösung von Problemen und zur Beschleunigung von Entwicklungen beispielsweise im Baubereich beitragen könnte.

Natürlich können Beziehungen zwischen Grundstücksnachbarn immer privatrechtlich geregelt werden, wie es Herr von Lüdeke auch im Ausschuss vorgetragen hat.

[Brauer (PDS): Nicht alle!]

Allein aber die umfangreiche Kommentierung zu dem Gesetz zeigt, was inzwischen alles an vielfältigen Streitmöglichkeiten - wir streiten uns in dieser Stadt und in diesem Land augenscheinlich gern, insbesondere Nachbarn - möglich ist.

Ein solches Gesetz entlastet auch Gerichte, Herr Kollege Dr. Lindner. Es sind Regelungen für standardisierte Fälle getroffen worden, die immer wieder vorkommen. Für nachbarschaftliche Verhältnisse wird damit Rechtssicherheit geschaffen. Man kann sich daran orientieren und Streitpunkte bereits vorab regeln. Ich sage Ihnen aus der Erfahrung eines Innenstadtbezirkes: Wenn Sie dort versuchen, als Bauherr, der ein Grundstück besitzt, das eine Lücke darstellt, eine Lückenbebauung hinzubekommen, können Sie die Eurozeichen in der Iris Ihrer beiden Nachbarn zur Linken und Rechten schon sehen. Das verteuert das Projekt. Allein die Verhandlungen über die Zustimmung, damit man die Genehmigung für den Bau erhält, verteuert und verzögert Investitionsmaßnahmen. Insofern ist das, was wir hier insgesamt und grundsätzlich geregelt haben, richtig. Man kann alles privatrechtlich aushandeln, aber es wird teurer und verzögert an vielen Stellen. Deshalb ist dieses Gesetz, das eine vernünftige Entscheidung ist, die sich aus der Erfahrung vieler Jahrzehnte ergeben hat, richtig. Wir werden dabei bleiben und Ihren Antrag ablehnen. - Danke sehr!

[Beifall bei der SPD]